

Der Tsunami in Südostasien: Wirtschaftliche und politische Auswirkungen

Marco Bünte

In den frühen Morgenstunden des 26. Dezember kam es zu einem schweren Seebeben im Indischen Ozean. Das Epizentrum des Bebens mit einer Stärke von 9,0 auf der Richterskala lag 250 km südwestlich der indonesischen Provinzhauptstadt Banda Aceh an der Nordspitze Sumatras. Dem Beben folgten eine Reihe von Nachbeben mit einer Stärke von 6 bis 7,3 auf der Richterskala. Das Beben hatte mehrere große Flutwellen zur Folge, die sich mit einer Geschwindigkeit von 500 km pro Stunde im Indischen Ozean ausbreiteten. Der Tsunami (jap. lange Hafenwelle) hatte für die Anrainerstaaten im Indischen Ozean teilweise verheerende Auswirkungen. Bei den Flutwellen kamen bislang insgesamt mehr als 225.000 Menschen ums Leben, mehrere Millionen Menschen wurden obdachlos, gesamte Landstriche an den Küsten Indonesiens, Malaysias, Thailands, Myanmars, Bangladeschs, Indiens und Sri Lankas wurden verwüstet. Die Flutwelle drang auch mehrere Tausend Kilometer bis nach Ostafrika vor, auch aus Somalia, Tansania, Kenia und den Seychellen wurden Opfer gemeldet. Welche Schäden sind nun in den Staaten Südostasiens entstanden und welche wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen sind zu erwarten?

Indonesien

Da die indonesische Provinz Aceh am dichtesten am Epizentrum des Bebens lag und die Flutwellen die Provinz in vollem Umfang trafen, sind die Auswirkungen auf die Provinz auch am weitreichendsten. Die Flut traf insgesamt 14 der 21 Distrikte der Provinz, es starben mehr als 160.000 Menschen, mehr als 700.000 Menschen wurden obdachlos, 1.550 Dörfer wurden weggespült (WHO 2005). Die Naturkatastrophe hat die durch den Bürgerkrieg bereits existierenden massiven humanitären, politischen und ökonomischen Probleme Acehs dramatisch verschärft. Die Infrastruktur der Provinz wurde stark beschädigt, Schulen, Straßen und Brücken wurden weggeschwemmt, die staatliche Verwaltung in Aceh war quasi nicht mehr existent. Der indonesische Präsident Susilo Bambang Yudhoyono erklärte die Flutkatastrophe zum "nationalen Unglück" und ordnete eine 3-tägige Staatsfeier an. Für Susilo bedeutet die Flutkatastrophe den ersten wirklichen Härtetest nach seiner Wahl zum Präsidenten im September. In dieser Situation musste er Führungsstärke zeigen, um sein Mandat zu stärken. Susilo handelte dabei relativ schnell. Bereits einen Tag nach der Katastrophe hob der indonesische Präsident das Einreiseverbot in die vom Bür-

gerkrieg gebeutelte und bislang strikt abgeriegelte Provinz auf und ermöglichte allen Hilfsorganisationen und Medienvertretern Zugang zur Provinz. Er gewährte auch Soldaten aus Amerika, Singapur und Australien Einlass nach Aceh, um die Hilfsmaßnahmen in der Provinz zu verbessern. Bereits kurze Zeit später waren aber wieder gegensätzliche Signale aus Jakarta zu vernehmen: Vizepräsident Jusuf Kalla ließ gegenüber der Presse verlauten, dass die internationalen Soldaten das Land in spätestens drei Monaten wieder verlassen sollten ("Je eher desto besser"). Die nationalistischen Äußerungen, die Jusuf Kalla kurze Zeit später wieder dementierte, machen nur allzu deutlich, wie stark in der indonesischen Elite die Furcht vor einer dauerhaften Besatzung der Bürgerkriegsprovinz durch ausländisches Militär ist. Letztlich befürchten sowohl die indonesische Regierung als auch das Militär, die Kontrolle über das Bürgerkriegsgebiet zu verlieren und Zugeständnisse an die separatistische Bewegung Freies Aceh (Gerakan Aceh Merdeka, GAM) machen zu müssen. Sie fürchten eine Internationalisierung des Konflikts und Entwicklungen, die – ähnlich der Ereignisse 1999 in Osttimor – zur Unabhängigkeit der Provinz führen und die territoriale Integrität des indonesischen Nationalstaats gefährden könnten. So ist es auch zu verstehen, dass die dauerhafte Präsenz von ausländischen Soldaten auf dem indonesischen Staatsboden misstrauisch beobachtet wird. Welche Auswirkungen hat nun die Flutkatastrophe auf den Bürgerkrieg in Aceh und auf die Wirtschaft des Landes?

April 1999 zwei Dezentralisierungsgesetze, die insbesondere darauf abzielen sollten, die bestehenden Unabhängigkeitsbestrebungen zu befrieden und den Provinzen mehr Einnahmen aus ihren natürlichen Ressourcen zu versprechen (Bünte 2003). Unter Wahid wurde im Mai 2000 ein kurzzeitiger Waffenstillstand ausgehandelt, dieser zerbrach jedoch nach kurzer Zeit wieder. Im Dezember 2002 wurde zwischen der indonesischen Regierung und der GAM das "Cessation of Hostilities Agreement" vereinbart. Doch auch dieser Versuch eines Waffenstillstandes schlug fehl, im Mai 2003 rief Präsidentin Megawati das Kriegsrecht in Aceh aus (hierzu: Aspinall/Crouch 2003). Zuletzt standen sich etwa 50.000 indonesische Soldaten und Polizisten und die annähernd 10.000 Rebellen der GAM gegenüber.

Die Flutkatastrophe hat nicht nur die Zivilbevölkerung, sondern auch die Konfliktparteien in gleichem Maße getroffen. Presseberichten zufolge sollen bei der Flutwelle einige Zehntausend Soldaten umgekommen oder verletzt worden sein. Auch die Rebellen der GAM, die seit der Verhängung des Kriegsrechts von 10.000 auf 3.000 Kämpfer geschrumpft sein sollen, hätten weitere 1.000 Anhänger verloren. Die Kämpfe zwischen dem indonesischen Militär und der GAM ließen in den ersten Tagen nach der Flut nach. Die Infrastruktur und Kommunikationswege (Telefonnetz) waren stark zerstört und behinderten die Aktionen und den Nachschub der Kriegsparteien. Direkt nach der Katastrophe riefen sowohl die GAM-Führung in Stockholm wie auch der Kommandeur der indonesischen Streitkräfte Endriartono Sutarto zum Waffenstillstand auf. Beide Seiten äußerten ihre Bereitschaft, die Rettungs- und Hilfsmaßnahmen in vollem Umfang zu unterstützen. Wenn auch die Kampfhandlungen in einigen Gebieten eingestellt wurden, gingen sie im Hinterland unverändert weiter. Mitte Januar gab Heeresstabschef Ryamizard Ryacudu zu, dass das Militär seit Beginn der Katastrophe mindestens 200 Anhänger der GAM getötet hätte. Er machte die GAM dafür verantwortlich, die die Kämpfe fortgeführt hatte. Ohnehin versuchten beide Seiten, die internationale (Medien-)Öffentlichkeit für ihre Interessen zu instrumentalisieren. Das Militär warnte vor Anschlägen der GAM auf internationale Helfer. Humanitäre Hilfsorganisationen durften sich fortan nur noch in Begleitung der Armee im Hinterland bewegen. Auch der indonesische Präsident rief die GAM auf, ihre Waffen niederzulegen und "Aceh gemeinsam als Teil des indonesischen Staates wieder aufzubauen" (JP, 3.1.2004). Die GAM warf dem indonesischen Militär vor, die Flut zur endgültigen Vernichtung ihrer Organisation nutzen zu wollen.

In dieser Situation öffnete sich auch ein Zeitfenster für die Wiederbelebung des Friedensprozesses. Im Mai 2003 waren die Friedensgespräche zwischen der indonesischen Regierung und der GAM ergebnislos abgebrochen worden, nachdem sich die GAM dem Ultimatum der indonesischen Regierung, ihre Forderung nach Unabhängigkeit einzustellen, nicht gebeugt hatte (Aspinall/Crouch 2003, Schulze 2003).

Präsident Susilo hatte im Wahlkampf im Jahr 2004 versprochen, das Aceh-Problem zu lösen. Bis zur Flutkatastrophe waren aber keine konkreten Schritte zur Beendi-

gung des Konfliktes eingeleitet worden. Zwar machte der Präsident Anfang Dezember einen Vorstoß, indem er ankündigte, den GAM-Rebellen eine Amnestie und nicht näher konkretisierte ökonomische Kompensationen anbieten zu wollen. Dieser Schritt wirkte aber dadurch unglaublich, dass gleichzeitig das zivile Notstandsrecht für weitere sechs Monate ausgeweitet und zusätzliches Militär in die Provinz verlegt wurde. Die Situation schien festgefahren, vor allem das indonesische Militär schien sich einer Verhandlungslösung entgegenzustellen. Erst der Tsunami und seine Auswirkungen, der Druck der internationalen Gemeinschaft und die Durchsetzung der Meinung, dass die Menschen in Aceh genug gelitten hätten, lösten die verhärteten Fronten auf. Mitte Januar gab Armeechef General Endriartono Sutarto bekannt, dass das Militär bereit sei, seine Angriffe auf die GAM zu beenden, um eine politische Lösung des Problems zu beschleunigen. Bereits vorher hatten der Koordinierende Minister für Soziale Wohlfahrt Alwi Shihab und Außenminister Hassan Wirayuda vorgeschlagen, die Friedensgespräche zwischen den Konfliktparteien wieder aufzunehmen. Hierbei könnte über alles gesprochen werden, was eine Unabhängigkeit Acehs ausschließt (JP, 20.1.2005).

Ende Januar trafen sich schließlich die Delegationen der indonesischen Regierung und Vertreter der Exilführung der GAM in Helsinki. Indonesien war mit den Ministern für Sicherheit, Justiz und Information vertreten. Dies war die hochrangigste Delegation, die je mit der GAM gesprochen hatte. Dies kann als Zeichen dafür gewertet werden, dass die Regierung die Gespräche ernst nimmt und zum Erfolg führen will. Die Regierung bietet Aceh eine Sonderautonomie an, die ihnen mehr Einnahmen aus ihren eigenen Ressourcen sowie eine kulturelle Autonomie zusichert. Darüber hinaus sollen den Rebellen eine Amnestie und Hilfen bei der Eingliederung ins Zivilleben zuteil werden. Die Rebellen wollen jedoch an ihrem Ziel der Unabhängigkeit festhalten und sehen die Gespräche als Mittel, um einen formalen Waffenstillstand zu vereinbaren. Beide Seiten nannten als oberstes Ziel die Herstellung von Frieden, um vor Ort die Voraussetzungen für einen effizienten Wiederaufbau leisten zu können. Bei den Gesprächen handelte es allerdings nur um "Vertrauensbildende Maßnahmen" und so verlief die erste Gesprächsrunde im Januar auch ohne konkretes Ergebnis. Am 21. Februar trafen sich die Konfliktparteien erneut in Helsinki. Nach Informationen von Damien Kingsbury, einem australischen Indonesienspezialisten und Teilnehmer der acehnischen Delegation, hat die GAM ihre Forderung nach Unabhängigkeit in der zweiten Verhandlungsrunde aufgegeben und stattdessen eine Form der Selbstregierung vorgeschlagen. Dafür sollte die GAM an lokalen Wahlen teilnehmen können (WSJ, 23.02.2005). Einzelheiten wurden hierzu jedoch nicht bekannt. Die nächste Verhandlungsrunde zwischen den Konfliktparteien soll im April stattfinden.

Die Aussichten, dass die Friedensgespräche zu einer Beendigung des Konflikts und einem dauerhaften Frieden führen können, sind nicht günstig. Sowohl das indonesische Militär als auch die GAM profitieren vom Krieg, es hat sich eine Bürgerkriegsökonomie entwickelt, die den Konflikt am Leben hält. Das indonesische Militär, das

sich lediglich zu 30% aus dem Verteidigungsbudget und zu 70% von eigenen Einnahmen finanziert, hat wenig Interesse an einem Rückzug aus der Provinz. Es sichert die Öl- und Gaseinnahmen und profitiert vom illegalen Holzeinschlag und Waffenhandel in der Provinz. Auch die GAM hat ökonomische Motive, sie nutzt Entführungen und Sonderzahlungen der Dorfbewohner, um ihre Organisation zu finanzieren und ist aktiv am Waffenhandel in der Region beteiligt. Die GAM hat bereits bei den Verhandlungen im Jahr 2003 das Ultimatum der indonesischen Regierung abgelehnt, ihre Forderung nach Unabhängigkeit aufzugeben und eine Sonderautonomie im indonesischen Staat zu akzeptieren. Für die GAM waren die Verhandlungen nicht der Weg zu einem Kompromiss mit dem indonesischen Staat, sondern vielmehr ein Mittel, um in der internationalen Gemeinschaft die Vorstellung durchzusetzen, dass Indonesien auf Aceh verzichten müsse (Schulze 2003: 3).

Durch die Flutkatastrophe und ihre Auswirkungen, durch die Präsenz von ca. 1.300 ausländischen Soldaten, rund 1.100 Mitarbeitern von Hilfsorganisationen aus 60 Nationen und Hunderten von Journalisten aus aller Welt ist die GAM ihrem Ziel einer Internationalisierung des Konfliktes näher gekommen. Die GAM versucht, ein Referendum über die Unabhängigkeit Acehs zu erreichen. Dies ist sowohl für die indonesische Regierung als auch für das indonesische Militär vollkommen tabu. Auch der internationalen Gemeinschaft, die die territoriale Integrität Indonesiens unterstützt, kann nicht an einem Referendum oder der Unabhängigkeit der Provinz gelegen sein. In anderen Teilen des indonesischen Archipels könnten regionale Unruhen wieder ausbrechen und secessionistische Bestrebungen an Zulauf gewinnen. Eine erneute Destabilisierung Indonesiens und der Region Südostasien wäre die Folge. In den Verhandlungen kann es folglich nur darum gehen, die beiden Konfliktparteien dazu zu bewegen, einen Kompromiss zu schließen. Zur endgültigen Aussöhnung zwischen den Bewohnern Acehs und dem indonesischen Nationalstaat ist schließlich auch der wirtschaftliche Wiederaufbau notwendig. Wie sehen nun die Folgen der Flutwelle für die Wirtschaft aus?

Die Auswirkungen auf die indonesische Wirtschaft

Die indonesische Provinz Aceh bot nach dem Beben und der Flutwelle ein Bild der Verwüstung. Zerstört waren nicht nur zahlreiche Regierungsgebäude, Häuser und Geschäfte, sondern auch Fischerboote, Industrieanlagen und die Landwirtschaft. Ein Expertenteam begann zwei Wochen nach der Katastrophe damit, eine Bestandsaufnahme der infrastrukturellen Schäden vorzunehmen (Bappenas 2005a). Nach Schätzungen der Regierung und der Weltbank belaufen sich die Kosten zur Wiederherstellung der öffentlichen Infrastruktur, der zerstörten Gebäude, Transportwege und Gesundheitseinrichtungen auf eine Summe von 4,5 Mrd. US\$ – dies entspricht etwa der Höhe des Bruttoregionalprodukts der Provinz (Bappenas 2005a: 12). Mehr als 1,3 Millionen Häuser seien zerstört worden, fast alle Geschäfte und Fischerboote, die die Existenz für die Bewohner der Provinz bedeuteten, sind beschädigt worden.

Die indonesische Regierung sieht deshalb die höchste Priorität in der "Wiederherstellung des Lebensunterhaltes der Bevölkerung und der sozialen Struktur der Gemeinschaft" (Bappenas 2005b: 10). Die für die Region wichtigen Öl- und Gasvorkommen wurden anscheinend von der Flut verschont, auch die Häfen waren Presseberichten zufolge noch intakt. Der indonesische Präsident Susilo versprach, alle Anstrengungen für einen schnellen Wiederaufbau der Provinz zu unternehmen. Die infrastrukturellen Schäden mit ihren negativen Auswirkungen auf Industrie und Handel könnten längerfristig behoben werden. Da die Provinz bereits seit Jahren auch ökonomisch unter dem Bürgerkrieg leidet und in den letzten 30 Jahren von der Zentralregierung vernachlässigt wurde, besteht langfristig sogar die Chance, dass insgesamt positive Impulse für die Infrastruktur gesetzt werden.

Die Flutkatastrophe wird für die gesamtindonesische Wirtschaft kaum Folgen haben. Die regionale Wirtschaft Acehs trägt etwa zwei Prozent zur Gesamtwirtschaft Indonesiens bei. Präsident Susilo gab deshalb bekannt, dass die Regierung nicht mit einem niedrigeren Wirtschaftswachstum für das Jahr 2005 rechne. Insgesamt würde das Wirtschaftswachstum lediglich 0,1 bis 0,4% niedriger sein als erwartet (Bappenas 2005: 12). Der Präsident hielt dennoch an seiner Projektion von 5,5% Wachstum für das Jahr 2005 fest.

Thailand – Folgen für den Tourismus

In Thailand traf die Flutwelle vor allem die Küstengebiete und Inseln der sechs Provinzen im Westen des Landes (Phuket, Phangna, Krabi, Ranong, Trang und Satun). Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation starben in Thailand bislang 5.300 Menschen, darunter auch 2.400 Ausländer, die in Thailand Urlaub machten. Premierminister Thaksin reiste noch am Unglückstag in das Katastrophengebiet und richtete drei Rettungszentren ein, um die Bergungsarbeiten und Hilfsmaßnahmen zu koordinieren. Die thailändische Regierung unternahm große Anstrengungen, um bei der Suche nach Touristen zu helfen und die Rettungsarbeiten zu koordinieren. Eine Reihe von ausländischen Staats- und Regierungschefs, wie auch Bundesaußenminister Fischer, reisten einige Tage nach der Katastrophe nach Thailand, um sich vor Ort ein Bild über das Ausmaß der Zerstörungen zu machen und der thailändischen Regierung für ihre Anstrengungen zu danken.

Der wirtschaftliche Schaden, der durch die Flutwelle entstanden ist, wird von der thailändischen Regierung auf 20 Milliarden Baht (600 Millionen Euro) geschätzt (BP, 29.12.2004). Zerstört wurde dabei vorwiegend die touristische Infrastruktur in den sechs Provinzen im Westen des Landes. Den Informationen der thailändischen Tourismusbehörde zufolge sind zwar viele Anlagen in Kao Lak und den Inseln Phi Phi vollkommen zerstört, die Ferieninsel Phuket, die jährlich 4,5 Millionen Touristen anzieht, ist jedoch lediglich zu zehn Prozent zerstört, einige andere Gebiete sind völlig unbeschadet (TAT 2005). Die thailändische Tourismusbehörde hat aufgrund dieser Bestandsaufnahme auch an ihrer Projektion für das Jahr 2005 mit rund 14

Millionen Besuchern festgehalten. Sie hofft, dass der Tourismus sich auf die anderen Tourismusgebiete im Osten verlagert und starke Einbußen verhindert werden können. Dies erscheint jedoch unrealistisch, da viele Urlauber ihre Reisen nach Thailand storniert haben. Tatsächlich dürften weitaus weniger Touristen nach Thailand kommen, in der Hauptreisezeit zwischen Dezember und Mai ist der größte Schaden zu erwarten. Hier wird es entscheidend sein, wie zügig die Hotels und Verkehrswege im Westen wieder aufgebaut werden. Die Regierung hat deshalb Kredite in Höhe von 300 Millionen Baht angekündigt, um den Wiederaufbau der touristischen Infrastruktur zu beschleunigen. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum ist von der Katastrophe nur geringfügig betroffen. Der Tourismussektor liefert lediglich einen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt von 5 Prozent. Analysten gehen deshalb davon aus, dass das Wachstum in den nächsten Jahren lediglich um 0,5 Prozent niedriger ausfallen wird als die von der Regierung erwarteten 5,5 Prozent.

Thaksins Management der Flutkatastrophe hat seine Popularität in Thailand nochmals erhöht. Einer Umfrage des ABAC-Instituts zufolge äußerten mehr als die Hälfte der Befragten, dass sie nach der Flutkatastrophe ein positiveres Bild von ihrem Regierungschef hätten. Thaksins Wiederwahl galt jedoch schon vorher angesichts der Schwäche der Opposition und der weit reichenden Beliebtheit des Premierministers als gesichert. In den konkret von der Flut betroffenen Provinzen konnte Thaksins nicht profitieren. Im gesamten Süden erhielt Thaksins Thai Rak Thai Partei lediglich einen Parlamentssitz, die restlichen Sitze gingen an die Opposition.

Myanmar – von der Flut verschont?

Die Informationen über die Auswirkungen der Flutkatastrophe in Myanmar waren sehr widersprüchlich. Nach Aussagen der Militärregierung ist Myanmar von der Flutkatastrophe weitgehend verschont geblieben. Die felsigen Inseln am Küstenstreifen hätten eine schlimmere Katastrophe verhindert, hieß es von Seiten der Militärregierung (*Irrawaddy*, 6.1.2005). Es gab jedoch auch Presseberichte, die Aussagen von Mönchen zitierten, nach denen es mehrere Tausend Tote gegeben habe. Nach Angaben des Arakan National Councils sollen allein im Rakhine-Staat 96 Menschen gestorben sein (DVB, 6.1.2005). Mehrere internationale Hilfsorganisationen, darunter die internationale Federation of the Red Cross und Ärzte ohne Grenzen haben jedoch die Angaben der Militärregierung bestätigt. Demnach sind in Myanmar rund 60 Menschen durch die Flutwelle ums Leben gekommen. Etwa 5.000 Menschen hätten ihre Häuser verloren, bis zu 15.000 Menschen sind obdachlos geworden. Die Flut hat das Delta des Irrawaddy am stärksten getroffen – die gesamte Region wurde von der Militärregierung abgeriegelt. Der Militärregierung ist im Zusammenhang mit der Katastrophe vorgeworfen worden, bewusst Informationen zurückzuhalten und Helfer an der Besichtigung der Katastrophenregion zu hindern. Die myanmarische Regierung hat internationale Hilfe abgelehnt. Premier-

minister Soe Win sagte, dass das Land selbst in der Lage sei, mit den Folgen der Katastrophe umzugehen und dass die internationalen Hilfsleistungen lieber den schwerer betroffenen Anrainerstaaten des Indischen Ozeans zukommen sollten. Die Regierung nahm jedoch die Hilfe aus China und Japan und dem Iran an. Darüber hinaus akzeptierte sie die Hilfsangebote des Roten Kreuzes.

Westliche Touristen nutzen die Strände Myanmars recht selten, jährlich kommen nur etwa 350.000 Touristen ins Land, die vor allem die kulturellen Zentren Mandalay und Pagan im Zentrum des Landes besuchen. Informationen lassen sich aufgrund der fehlenden Pressefreiheit nur beschränkt bestätigen.

Literatur- und Quellenverzeichnis

- Aspinall, Edward/Crouch, Harold (2003), "The Aceh Peace Process and why it failed", East West Center, Washington, Working Paper Policy Studies 1, <http://www.eastwestcenterwashington.org/Publications/psseriespublications2.htm>
- Bappenas (2005a), "Preliminary Damage and Loss Assessment, The December 26 Natural Desaster", Bappenas, Report for the Consultative Group on Indonesia, 19./20.1.2005, http://siteresources.worldbank.org/INTINDONESIA/Resources/Publication/280016-1106130305439/reconstruction_notes.pdf
- Bappenas (2005b), "Notes on Reconstruction, The December 26 Natural Desaster", Bappenas, Report for the Consultative Group on Indonesia, 19./20.1.2005, http://siteresources.worldbank.org/INTINDONESIA/Resources/Publication/280016-1106130305439/reconstruction_notes.pdf
- Bünte, Marco (2003): *Regionale Autonomie in Indonesien – Wege zur erfolgreichen Dezentralisierung*, Hamburg
- Schreiner, Klaus (2000): "Regionale Konflikte in Indonesien, eine Krise des Nation-Building", in: ASIEN, Nr. 4, S. 5-19
- Schulze, Kirsten (2003), "The Free Aceh Movement(GAM): Anatomy of a Separatist Organization", East West Centre, Washington, Working Paper Policy Studies 2, <http://www.eastwestcenterwashington.org/Publications/psseriespublications2.htm>
- TAT (2005), "Thailand looks ahead", <http://www.world-tourism.org/newsroom/Releases/2005/january/Thailand%27s%20response%20to%20the%20Tsunami%20disaster.pdf>, Zugriff 18. Januar
- World Health Organisation (2005), "Situation Report", passim, www.who.com, Zugriff 18.-24. Januar